



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 12. Mai 2025

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 164 zu 0 Stimmen verschiedenen Änderungen des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) und des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) betreffend Organisation der Friedensrichterkreise zugestimmt ([5938](#)). Das Geschäft geht zurück auf eine Motion, mit welcher der Regierungsrat aufgefordert wurde, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit zwei oder mehr Gemeinden die Aufgaben einer gemeinsamen Friedensrichterin oder eines gemeinsamen Friedensrichters wirkungsvoll organisieren können.

Der Kantonsrat hat sich mit 170 zu 5 Stimmen dafür ausgesprochen, die kantonalen Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» abzulehnen ([5999](#)). Indes hat der Rat mit 100 zu 75 Stimmen einem Gegenvorschlag zugestimmt, in dem ein Teil der Anliegen der Initiative aufgenommen wurden. So soll die Verfassung des Kantons Zürich dahingehend ergänzt werden, dass der Kanton für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum sorgt. Mit der Volksinitiative wird in Form einer allgemeinen Anregung verlangt, dass ein Grundrecht auf Wahrung der digitalen Integrität in die Zürcher Verfassung aufgenommen wird.

Der Kantonsrat ist ohne Gegenantrag auf die von der STGK geänderten parlamentarischen Initiative von SVP-Altkantonsrat Diego Bonato betreffend «Veröffentlichung voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» eingetreten ([KR-Nr. 210/2021](#)). Mit der Initiative wird gefordert, dass Gemeinden künftig Bewilligungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung veröffentlichen sollen. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission, bevor der Kantonsrat in ein paar Wochen nach der zweiten Lesung in der Schlussabstimmung definitiv über die Vorlage entscheiden wird.

Der Kantonsrat hat mit 167 zu 0 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Altkantonsrat Diego Bonato betreffend «Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» abgelehnt ([KR-Nr. 211/2021](#)). Mit der Initiative wurde eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben mittels Vermerken und Verzeichnissen im Budget gesondert dargestellt werden. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 152 zu 20 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Altkantonsrat Diego Bonato betreffend «Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene» abgelehnt ([KR-Nr. 212/2021](#)). Mit der Initiative wurde eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben im Anhang der Jahresrechnung mittels Verzeichnissen gesondert dargestellt werden. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden» von Grünen, GLP und EVP mit 111 zu 59 Stimmen als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 324/2019](#)). Ein Minderheitsantrag, mit dem gefordert wurde, der Regierungsrat solle in einem Ergänzungsbericht darlegen, warum der Kanton auf die Erhebung relevanter Daten verzichtet hat, wurde entsprechend abgelehnt. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat um

eine Einschätzung der Situation hinsichtlich der Wirkungsziele der Integrationsagenda Schweiz gebeten.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Herkunft der Bilder der Bührle-Sammlung lückenlos aufklären und die Entstehung der Sammlung historisch kritisch aufarbeiten» von AL, SP und Grünen als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 147/2022](#)). Ein Antrag, dies mit einer anderslautenden Stellungnahme zu tun, wurde mit 87 zu 83 Stimmen angenommen. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, zusammen mit der Stadt Zürich die Provenienz der Bilder lückenlos aufzuklären, welche die Bührle-Stiftung dem Kunsthaus Zürich zur Ausstellung ausgeliehen hat. In der anderslautenden Stellungnahme werden die in der Verantwortung stehende Kunsthausgesellschaft und die Bührle-Stiftung dazu aufgefordert, die Herkunft aller Bilder auf eigene Kosten zu klären.

(nic.)